

POLITIK

Özdemir: „Wir waren nicht so mutig wie die CDU und haben keinen Minister mit Migrationswurzeln aus den eigenen Reihen hervorgebracht.“

Zaman, 19.12.2012

In Niedersachsen finden am 20. Januar 2013 Landtagswahlen statt. Die Grünen kamen deshalb mit Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Hannover zusammen. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir kritisierte seine eigene Partei, da es nicht die Grünen gewesen sind, die Minister mit Migrationswurzeln bestimmt haben, sondern die konservative CDU. Özdemir verurteilte darüber hinaus die rechtsextremistische Gewalt gegen Migranten und forderte das Verbot der NPD.

In seiner Rede während der Programmöffnung forderte Cem Özdemir zusätzlich die Reformierung des Verfassungsschutzes. Özdemir äußerte sich auch zur doppelten Staatsbürgerschaft und zur fehlenden Visafreiheit hinsichtlich türkischer Staatsbürger aus der Türkei:

„Die Türkei ist nicht mehr die alte Türkei. Das Pro-Kopf-Einkommen hat im Gegensatz zum Pro-Kopf-Einkommen in Europa deutlich zugelegt. Der „Brain-Drain“, die Abwanderung von Hochqualifizierten aus Deutschland, erfolgt in die Türkei. Recht, welches für die Balkanstaaten gilt, muss auch für die Türkei gelten.“

Polat fordert Ende der Moschee-Kontrollen

Die niedersächsische Landtagsabgeordnete Filiz Polat fordert die Aufhebung der Moschee-Kontrollen. Diese Kontrollen sind nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, so Polat.

INTEGRATION, MIGRATION

Fehlende Willkommenskultur in Deutschland

Zaman, 17.12.2012

Die Mehrheit der Deutschen besitzt ein ambivalentes Verhältnis zur Einwanderung. Sie wird einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zufolge sowohl bejaht als auch abgelehnt. Folglich empfindet die Mehrheit der Befragten das Leben durch die Migranten als vielfältiger. Gleichzeitig erklärte ein großer Teil der Befragten, dass Migranten eine Last für Deutschland sind und der Sozialstaat durch die Migranten ausgehebelt wird.

In Deutschland herrscht seit Jahren ein großer Fachkräftemangel. Im Zuge dessen wurde die sogenannte „blue card“ entwickelt und die Abschlüsse von ausländischen Fachkräften sollen zunehmend anerkannt werden.

Die Bertelsmann-Stiftung stellte in ihrer Untersuchung fest, dass ein Großteil der befragten Deutschen der Meinung ist, dass Deutschland mehr Einwanderung benötigt und dennoch äußert sich gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender Teil der Befragten gegen eine größere Einwanderung.

Die Einwanderung verunsichert die Jungen nicht

Allerdings muss diese Ansicht nach Altersgruppen unterschieden werden:

Die unter 29-jährigen sind von den positiven Auswirkungen einer verstärkten Einwanderung nach Deutschland überzeugt und brachten ihren Respekt gegenüber den Leistungen der älteren Migrantengeneration in Deutschland zum Ausdruck. Darüber hinaus forderte diese Altersgruppe Erleichterungen in der Einbürgerungspolitik.

Über 60-jährige halten die Schulen für Brandherde

Ein weiterer unterschiedlich ausfallender Meinungsaspekt hinsichtlich der Alterskohorte ergab sich aus der Frage nach dem Bildungssystem in Deutschland.

74% der 60 bis über 60-jährigen gab an, dass sie den Migrantenanteil an Schulen als drängendstes Problem ansehen. Diesen Eindruck teilen in der Altersgruppe zwischen 14 und 29 insgesamt 46%.

Ob nun die Einwanderung nach Deutschland positiv oder negativ einzuordnen ist wurde widersprüchlich beantwortet.

Jeder siebte ist davon überzeugt, dass internationale Firmen Deutschland bevorzugen und infolge dessen das Leben hier vielfältiger wird. 62% gaben an, dass der demographische Wandel dadurch verlangsamt werden kann. Jeder zweite sieht einen Zusammenhang zwischen der Einwanderung und der Lösung des Fachkräftemangels in Deutschland.

Sind „Ausländer“ eine Last?

Dennoch sehen Zweidrittel der Befragten Zusatzbelastungen auf den Sozialsystemen in Deutschland, da sowohl Migranten als auch Deutsche um die Sozialleistungen konkurrieren würden.

„Deutschland ist nicht erste Wahl“

Ulrich Kober von der Bertelsmann-Stiftung veranschaulichte am Beispiel der Blue Card die tatsächliche Situation in Deutschland:

„Um es offen zu sagen, Deutschland ist für Hochqualifizierte nicht sonderlich attraktiv.“ Kober hob hervor, dass die fehlende Willkommenskultur in Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt wird. Aufgrund des demographischen Wandels ist Deutschland zwangsläufig ein Einwanderungsland, so Kober.

NSU, NPD-VERBOT, RECHTSEXTREMISMUS

„Die Morde müssen aufgeklärt werden“

Sabah, 18.12.2012, S. 15

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich betrübt über die Morde der NSU. Sie fordert in ihrer wöchentlichen Video-Botschaft die vollständige Aufklärung der NSU-Morde. Auf die Frage hin, welches Ereignis sie dieses Jahr am stärksten beeinflusst habe antwortete die Bundeskanzlerin mit der „NSU“. Merkel fordert deshalb eine umfassende Ermittlung der Zusammenhänge: „Das alles ist unendlich traurig. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass für die Aufklärung der Zusammenhänge der von der NSU begangenen Morde in Zukunft durchweg alles getan wird.“ Die NSU brachte zehn Menschen um. Davon waren acht Menschen türkischer Herkunft.

Tempo beim NPD-Verbot

Hürriyet, 15.-16.12..2012, S. 13

Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben bei ihrem Antrag für ein Verbot der NPD erklärt, dass die NPD rassistisch, judenfeindlich und ausländerfeindlich ist. Im Verbotsantrag steht auch, dass die NPD die geltende demokratisch-rechtliche Ordnung aufheben will. Im Bezug auf die Finanzierung der NPD durch Steuern wurden weitere gemeinsame Ansichten erläutern.

Lediglich Christine Lieberknecht, Thüringens Ministerpräsidentin, erklärte, dass im Kampf gegen Rechts die Integration wichtig sei: „Rechtsextremismus in Deutschland ist beschämend“, hob sie zunächst hervor. Im Anschluss erläuterte sie, dass die fehlende Integrationsbereitschaft von Migranten ein Grund für den Rechtsextremismus ist.

Der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit hingegen erinnerte daran, dass nach Artikel 1 GG die Würde des Menschen unantastbar ist: „Und das gilt für alle in Deutschland lebenden Menschen.“

Klaus Wowereit erinnerte zusätzlich daran, dass während des Wahlkampfes zum Berliner Abgeordnetenhaus die NPD mit dem Wahlslogan „Gib Gas!“ auf ihren Wahlplakaten aufgetreten ist. Dies, so Wowereit, schließt sich in unmittelbarer Anlehnung an die Vergasungen während des Genozids an den Juden an. Wowereit betonte, dass ein Verbot der NPD nicht lediglich als Parteiverbot

verstanden werden dürfe. Die NPD habe zum Ziel, den Pluralismus in einem Einwanderungsland wie Deutschland zu zerstören.

Schaden für Deutschland

Thorsten Albig, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, erklärte, dass die NPD Deutschlands Grundwerte und das Rechtssystem angreift:

„Die Täter zünden Häuser an, auf den Straßen werden diejenigen verjagt, die nicht so sind wie sie selbst. Wir dürfen das keinesfalls zulassen.“

Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich wies auf die jüdenfeindlichen Aussagen von NPD-Abgeordneten in den Landesparlamenten hin. Tillich hob die verheerende Außenwirkung von Deutschland hervor: „Wir können keine Gruppe, die gewaltbereit ist und unser Grundgesetz auslöschen möchte, weiterhin durch Steuergelder unterstützen.“

Rechtsextremismus löst sich nicht auf

Der hessische Integrations- und Justizminister Jörg-Uwe Hahn erklärte indessen, dass ein Verbot der NPD den Rechtsextremismus nicht einfach auflösen wird. Hahn betonte auch, dass ein Verbot der NPD abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern könnte: „Aus diesem Grund hat das Bundesland Hessen auf der Innenministerkonferenz und auf der Versammlung der Ministerpräsidenten der Landesregierungen seine Zweifel dazu geäußert.“ Hahn wies darauf hin, dass die NPD trotz eines Parteiverbots durch das Bundesverfassungsgericht große Chancen besitzt, bei einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu siegen.

Schäuble kann sich an nichts erinnern

Im Zusammenhang mit den NSU-Morden reiht sich Schäuble in die Zeile der Unwissenden ein Sabah, 15.12.2012, S. 15

Die Untersuchungskommissionen zu den NSU-Morden lud Bundesinnenminister Wolfgang

Schäuble zur Befragung ein. Schäuble erklärte wie folgt: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich etwas getan hätte, was mich heute in Schwierigkeiten bringen könnte.“

Schäuble erklärte auch, dass er sich nicht als der „oberste Polizist des Landes“ verstehe: „Das ist auch der Grund, weshalb ich aus beruflicher Sicht nur sehr oberflächlich damit zu tun hatte.“

Die Befragung führte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD) durch.

Schäuble sah es nicht für notwendig an, sich mit den NSU-Morden zu beschäftigen

Zaman, 15.12.2012

Die NSU-Untersuchungskommission des Bundes hat in ihrer 47. Sitzung den Bundesfinanzminister vernommen. Schäuble gab an, dass er sich zwischen den Jahren 2005-2009 als damaliger Bundesinnenminister nicht mit den NSU-Morden beschäftigt hat:

„Die Sicherheit ist Ländersache“, so Schäuble. Der Bundesfinanzminister erklärte, dass die Fehler, die im Fall mit der NSU begangen wurden, die Fehler aller sind und nicht einer einzelnen Person. Schäuble indessen wies jegliche Beschuldigungen von sich: „Sicherheitspolitik ist Ländersache.“ Er verteidigte die Zusammenlegung der Abteilung Rechts- und Linksextremismus während seiner Amtszeit, da diese nach genauen Überlegungen geschehen war. Darüber hinaus wies Wolfgang Schäuble den Vorwurf, er habe eine Übernahme der NSU-Ermittlungen an das Bundeskriminalamt (BKA) verhindert, zurück.

„Über die Morde erfuhr ich aus der Presse“

Das Kommissionsmitglied Eva Högl (SPD) fragte Schäuble, ob er der Meinung ist, dass er in seiner eigenen Arbeit Fehler begangen habe. Schäuble antwortete wie folgt:

„Jeder macht Fehler. Das Gesamtversagen betrifft nicht eine einzelne Person, sondern alle.“

Auf die Frage hin, wie er über die NSU-Morde erfuhr erklärte Schäuble „aus der Presse“. Zudem erklärte legte er dar: „Ich bin nicht der

Oberpolizist dieses Landes. An der Innenministerkonferenz der Länder nehme ich lediglich als Gast teil. Ich werde nicht über jede Straftat unterrichtet.“

Eva Högl gab jedoch Folgendes zu bedenken: „Wir sprechen hier von Serienmorden in unserem Land und nicht von irgendeiner beliebigen Straftat.“ Wolfgang Wieland von den Grünen kommentierte Schäubles Aussagen mit den Worten: „Mein Name ist Schäuble, ich weiß von nichts.“

Befragung von Otto Schily steht noch aus

„Ich habe nicht daran geglaubt und mich auch darin getäuscht, dass sich die Rechtsextremisten zu einem weitungspannenden mordenden Netzwerk entwickeln könnten“, so Schäuble. Schäuble gestand zu, dass der Schwerpunkt auf den religiösen Extremismus gelegt wurde.

Der Kommissionsvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) erklärte, dass Otto Schily, der zwischen den Jahren 1998-2005 Bundesinnenminister gewesen ist, im neuen Jahr in der Untersuchungskommission befragt wird.

RELIGION

Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht in Hessen von DITIB

Sabah, 18.12.2012, S. 16

Mit dem neuen Schuljahr 2013/2014 wird in Hessen der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht eingeführt werden. Der hessische Integrationsminister Jörg Uwe Hahn und die Kulturministerin Nicola Beer gaben in ihrer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass für den Religionsunterricht die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen (DITIB) und der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde verantwortlich werden. Hahn erklärt, dass der islamische Religionsunterricht ein Prüfstein für die Integration und ein großer historischer Schritt ist: „In unseren Schulen werden in Zukunft muslimische Kinder in ihrer eigenen Religion, dem deutschen Grundgesetz entsprechend, unterrichtet werden.

Insbesondere die Würde aller Menschen, die Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen sind die wesentlichen Bestandteile in diesem Zusammenhang davon.“

Die hessische Kulturministerin Nicola Beer erklärte: „Die DITIB im Bundesland Hessen ist ein Kooperationspartner, der den islamischen Religionsunterricht erteilen kann. Die DITIB erfüllt die Bedingungen des Artikels 7 Absatz 3 des Grundgesetzes. Nach eingehender Betrachtung konnten wir uns vergewissern, dass sowohl die DITIB als auch die Ahmadiyya-Gemeinde die Voraussetzungen des Grundgesetzes erfüllen. Beide Organisationen können ihrer Religion entsprechend den Unterricht erteilen.“

Beer betonte darüber hinaus, dass man sich genauestens vergewissert hat, ob die DITIB unabhängig von der Türkei ist:

„Wir konnten uns entsprechend davon überzeugen. Der Lehrplan wird von staatlicher Seite erstellt und der Unterricht wird auf Deutsch stattfinden.“

Minister Hahn betonte: „Es war ein langer und mühsamer Weg. Aber es hat sich gelohnt. Die hessische Landesregierung und ihre Partner haben bewiesen, dass sie den islamischen Religionsunterricht erteilen können. Wir hoffen, dass weitere Bundesländer unserem Beispiel folgen und unseren Weg, in Vereinbarung mit dem Grundgesetz, einschlagen werden.“

Die Kulturministerin unterstreicht die Bedeutung des Religionsunterrichts für die persönliche Entwicklung der muslimischen Schülerinnen und Schüler: „Der Religionsunterricht wird dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Identität entwickeln und festigen können.“

(Vgl. dazu: Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn und Kultusministerin Nicola Beer: Bekenntnisorientierter (islamischer) Religionsunterricht kommt zum Schuljahr 2013/2014, auf: www.hessen.de, Landesportal Hessen, Anm. M. K.).

ISLAMFEINDLICHKEIT – MEDIEN IN DÄNEMARK

Untersuchung der Islamfeindlichkeit in dänischen Pressemedien

Zaman, 04.12.2012 (ursprünglich in der Zeitschrift „Aksiyon“ erschienen, Anm. M. K.)

Das Nationale Dänische Institut für Sozialstudien (SFI) führte eine Untersuchung vier dänischer Tageszeitungen durch. Die Untersuchung „Der Islam und die Wahrnehmung von Muslimen in der Presse“ dauerte drei Monate an.

Tina Jensen, die Leiterin der Studie erklärte sich wenig überrascht über die Ergebnisse: Die Medien besitzen eine klar definierte Rolle in der Berichterstattung über den Islam und über die Muslime in Dänemark.

Die Arbeitsgruppe um Tina Jensen, gemeinsam mit Sara Jul Jacobsen, Kathrine Vitus und Kristina Weible untersuchten von Oktober 2011 bis einschließlich Dezember die absatzstärksten großen Tageszeitungen in Dänemark: *Politiken*, *Jyllands Posten*, *Ekstra Bladet* und *Kristeligt Dagblad*. Sowohl Artikel über Muslime und den Islam als auch die Leserbriefe wurden in die Analyse einbezogen.

Im Jahr 1999, 2001 und 2006 hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz Dänemark stark hinsichtlich seiner Presse- und Medienberichterstattung kritisiert. In der Kritik wurde auf das Schüren von Vorurteilen in der Öffentlichkeit ausdrücklich hingewiesen und Änderungen eingefordert.

Die Leiterin des Projekts Tina Jensen suchte die Kooperation mit dem ECRI. Ihr Angebot, dass ihre Untersuchung die Argumentationen des ECRI unterstreichen könnte und ihr Gesuch wurden nicht beantwortet.

Die Auswahl des Zeitraums erfolgte zufällig. Allerdings fanden zu dieser Zeit medienwirksame Ereignisse statt, die in der Tagespresse ihren Widerhall fanden. Dazu gehört die Berichterstattung über die Gruppe der Salafisten, die in Kopenhagen im Stadtteil Tinbjerg aktiv gewesen sind, der „Arabische

Frühling“ und die beleidigenden Karikaturen über den Propheten Mohammed in der französischen Zeitschrift *Charlie Hebdo*.

Insgesamt wurden 304 Artikel über den Islam und die Muslime sowie Kommentare und Leserbriefe untersucht. 65% der Texte waren Nachrichten. Die restlichen 35% bestanden aus Kommentaren und Leserbriefen.

Die *Jyllands Posten* hat sich dabei als die Tageszeitung herausgestellt, die am meisten über den Islam und Muslime berichtet.

Die Wissenschaftler untersuchten neben der Printausgabe zusätzlich die Online-Ausgabe der Zeitungen. Dieser Vergleich ergab, dass die verwendete Sprache in der Berichterstattung der Online-Ausgabe deutlich schärfer und herabwürdigender war als in der Printausgabe.

Tina Jensen erklärt, dass vor allem die *Jyllands Posten* im Zusammenhang mit den Salafisten in Kopenhagen am negativsten berichtete. Die Salafistengruppe erklärte ihrerseits zum Ziel, den Stadtteil Tinbjerg zur befreiten Zone zu machen und die Regelungen aus der Scharia umzusetzen.

Während das *Kristeligt Dagblad* folgendermaßen darüber schrieb: „Die aus lediglich 7-9 Personen bestehende Gruppe wurde von den jungen Muslimen ignoriert“, erklärte die *Jyllands Posten*: „Die aus neun Personen bestehende Gruppe trat hier auf und hat in kürzester Zeit seine Herrschaft über das Territorium begründet.“

Der *Jyllands Posten* zufolge würden die Salafisten von Tinbjerg ausgehend ihre Macht über ganz Dänemark ausbreiten. Weder diese Vermutung noch die Gruppenaktivitäten bewahrheiteten sich. Im Gegenteil, die Salafistengruppe verschwand von der Bildoberfläche.

Während zu erwarten war, dass sich die dänische Presse über den Sturz der Diktatoren in Ägypten, Tunesien und Libyen erfreut zeigen würde, war laut Jensen zufolge das Gegenteil der Fall:

Die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* berichtete überwiegend in der Form, dass die anstehenden Wahlen in diesen Ländern lediglich eine Wahl zwischen Demokratie und Islamismus ist. Die *Jyllands Posten* ging noch

einen Schritt weiter und erklärte zu den Wahlen, dass es sich um eine Waage bestehend aus zwei Käfigen handelt:

Im einen Käfig befänden sich die Scharia und die Burka und im anderen die Demokratie und Meinungsfreiheit. Aus den Wahlen selbst werden ausschließlich die islamistischen Parteien hervorgehen – und diese sind nicht demokratisch.

Tina Jensen verweist auf einen Aspekt, der ihr während der Analyse besonders deutlich geworden ist: „Die dänischen Journalisten besitzen im Bezug auf die Muslime und den Islam über keinerlei Kenntnisse.“

Die Gemeinsamkeit aller untersuchten Zeitungen besteht darin, dass den Muslimen kein Mitspracherecht und Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Dasselbe gilt für 75% der Leserbriefe. Ansichten von Muslimen wird kein Platz eingeräumt.

Insgesamt lassen sich die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen, dass der Islam grundsätzlich gegen die individuelle Freiheit, gegen die Demokratie ist und eine Gefahr für die Meinungsfreiheit darstellt.

Tina Jensen kommt zu dem Schluss, dass die Presse eine wesentliche Rolle besitzt, wenn es um die individuelle Meinungsbildung geht: „Bedauerlicher Weise muss dazu erwähnt werden, dass die Presse durchgehend polarisierend arbeitet. Das von den Medien transportierte Islam-Bild und das Bild über die Muslime hat mit der Realität nichts zu tun.“

Die Wissenschaftler sind mit ihren Ergebnissen an die Öffentlichkeit gegangen. Lediglich der staatliche Fernsehsender DR strahlte eine längere Reportage dazu aus. Die Zeitung *Politiken* erwähnte die Untersuchung immerhin in einem kleinen Kommentar. Die Analysten hatten um ein gemeinsames Treffen mit den Chefredakteuren der von ihnen untersuchten Zeitungen gebeten. Ein gemeinsames Treffen wurde von seitens der Zeitungen jedoch abgelehnt.

(Die Übersetzungen stammen aus dem türkischen Text und wurden nicht mit den jeweils erwähnten Textstellen aus den dänischen Tageszeitungen verglichen. Insgesamt handelt es sich um eine verkürzte Wiedergabe des Artikels, Anm. M. K.)

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.